



Die Teilnehmer verfolgten gespannt die einzelnen Redebeiträge und beteiligten sich engagiert an der anschließenden Diskussion.

## „Wir mögen den Krieg hassen, aber wir sollten den Soldaten ehren!“

Mit diesem Zitat des US-amerikanischen Psychologen und Autors Jonathan Shay endete der Vortrag des Wissenschaftlers und Historikers Klaus Naumann beim diesjährigen 3. Kolloquium zur Inneren Führung in Koblenz. Der Satz könnte auch als Fazit der Veranstaltung gelten, zu der die Ausrichter, das Zentrum Innere Führung und dessen Freundeskreis sowie die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, beinahe 200 interessierte Teilnehmer begrüßten. Das Thema „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“ stand auf dem Programm.

Die Einführung zur Veranstaltung übernahm der Vorsitzende des Freundeskreises Zentrum Innere Führung, Generalmajor a.D. Hans-Christian Beck. Die Veranstalter hätten bei der Auswahl des Themas im vergangenen Jahr noch nicht gehaut, wie aktuell diese Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der Auslandseinsätze einmal sein werde. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lageentwicklung in Afghanistan sei eine starke politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz wichtiger denn je. Die Betroffenen im Einsatz stellten – als Teil der deut-

schen Gesellschaft, nämlich als Staatsbürger in Uniform – vermehrt die Frage nach der politischen Legitimation und der Unterstützung für ihren Dienst. Diese Fragen gelte es zu beantworten. Hierzu forderte der Vorsitzende des Freundeskreises Zentrum Innere Führung zunächst Klarheit und Wahrheit von den politisch Verantwortlichen. Nur nach einer offenen Benennung nationaler Interessen, der nachvollziehbaren Formulierung einer Gesamtstrategie bei Auslandseinsätzen sowie Zielvorgaben könne man von der Gesellschaft auch einen sicherheitspolitischen Diskurs erwarten. Dazu gehöre auch, dass man den Primärzweck von Streitkräften offen benenne. Das Alleinstellungsmerkmal sei hier nämlich die Fähigkeit zum Kampf und damit die Gewaltanwendung. Von der Veranstaltung wünschten sich die Veranstalter, neben einer offenen Diskussion, auch einige Aspekte zur Beantwortung der gestellten Frage: „Wofür ist die deutsche Gesellschaft bereit, ihre Soldaten den Risiken im internationalen Bereich auszusetzen?“

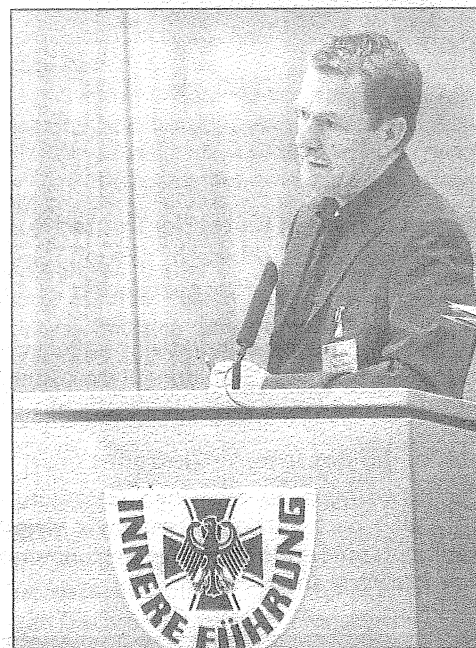
Die Impulsvorträge wurden vom „Hausherrn“ des Zentrums Innere Führung, Brigadegeneral Alois Bach, und dem Vorsitzenden des Bildungswerks des Deutschen Bundes-

wehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, übernommen. General Bach ging dabei besonders auf die Notwendigkeit ein, die sicherheitspolitische Debatte zu beleben. Dazu solle auch diese Veranstaltung beitragen. Bei der Beantwortung der zentralen Frage des Kolloquiums müsse auch die gestiegene politische Verantwortung Deutschlands im internationalen Bereich bedacht werden. Gerade für eine exportorientierte, vom freien Handel und Ressourcenimport lebende Nation wie Deutschland sei eine „Ohne-uns“ Mentalität keine politische Option. Abschließend ging der Kommandeur des Zentrums Innere Führung noch auf eine Begegnung mit jungen Soldaten der in Kürze nach Afghanistan verlegenden Quick Reaction Force ein. Die Kameraden des Jägerregiments 1 hätten ihm eine zentrale Botschaft mitgegeben. Die Soldaten würden von ihren Mitbürgern Rückhalt für das, was sie tun, und darüber hinaus auch ein wenig Anerken-

nung erwarten. Oberst Kirsch ging mit seinen einführenden Worten vor allem auf die Zäsur der Sicherheitspolitik in Deutschland ein. Gerade im Einsatz in Afghanistan vergehe aktuell kein Tag ohne Gefechte. Auch deutsche Soldaten stünden dort täglich im Kampf. Sie fallen, werden verwundet, schießen und töten, so der Vorsitzende der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung.

Er sei sich nicht sicher, ob diese Tatsachen in ihrer gesamten Auswirkung bereits in der Öffentlichkeit oder in der deutschen Politik angekommen seien. Viele Fragen im Zusammenhang mit den Einsätzen, viele Fragen der Gesellschaft zu den Einsätzen, aber auch viele Fragen der Soldaten in den Einsätzen seien offen. Es reiche aber nicht alleine zu fragen, es müssten Antworten gefunden werden, so Oberst Kirsch. Dazu sei es aus Sicht des Deutschen Bundeswehrverbandes notwendig, den Einsatz in Afghanistan zur „Chefsache“ zu machen, die Kompetenzen für den Einsatz müssten im Bundeskanzleramt gebündelt werden.

Der Schirmherr der Veranstaltung, der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe, nahm in seinem Grußwort die gesellschaftlichen Akteure in die Pflicht. Er forderte gerade die Verantwortlichen aus den Bereichen der Kirchen, der Gewerkschaften, aber auch der Arbeitgeberverbände auf, sich bei der Unterstützung der Soldaten im Einsatz deutlicher zu positionieren. Ein kurzes Innehalten bei Veranstaltungen und ein Gedenken an die im Einsatz für Deutschland befindlichen Soldaten würde dem Staatsbürger in Uniform Rückhalt und moralische Unterstützung geben. Dass man die Gesellschaft



Klaus Naumann

erreichen und für die Probleme der Soldaten sensibilisieren könne, habe jüngst der Spielfilm „Willkommen zu Hause“ gezeigt, so der Wehrbeauftragte.

Naumann ging in seinem Vortrag speziell auf die Leitfrage des Kolloquiums ein. Über die Rolle der Gesellschaft könne man sich nur verständigen, wenn man auch die Rolle von Politik und Militär betrachte. Die deutsche Gesellschaft sei es leid, so sein Befund, nur „scheibchenweise“ über die Einsätze und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen informiert zu werden. Es fehle die Offenheit und Klarheit im Umgang mit der Gesellschaft. Dies zeige beispielsweise der „...semantische Eiertanz um den Begriff ‚Krieg‘...“.



**Wehrbeauftragter  
Reinhold Robbe**

der aktuell die politische Diskussion bestimme. Um die Öffentlichkeit und damit die Gesellschaft zu erreichen, müssten Begründungen und Perspektiven für Auslandseinsätze geliefert werden. Die Gesellschaft wolle überzeugt werden, so die Analyse von Naumann, der sich auch an die Politik wandte. Dem Paradigma der „Verteidigung“ sei nach dem Ende des Kalten Krieges das der „Sicherheit“ gefolgt. Als Begründungsrahmen für militärische Einsätze diene der Politik aber immer noch die Terminologie der „Verteidigung“. Hier müsse nachgesteuert werden. Auch müssten den vielfach zitierten Begriffen wie „comprehensive approach“ und „vernetzter Ansatz“ Taten folgen. Nur so könne auch die Gesellschaft in die Debatte um die Auslandseinsätze glaubhaft eingebunden werden. Aber auch das Militär müs-

se sich offensiv in die Debatte einschalten. Die Soldaten der Bundeswehr dürften sich nicht zum „Instrument“ der Sicherheitspolitik degradieren lassen. Die Menschen in den Streitkräften müssen offensiv in Erscheinung treten, sich als Akteur begreifen und sich selbstbewusst als „Partner“ von Politik und Gesellschaft in die Diskussion einbringen, so Naumann. Dies widerspreche in keiner Weise dem Primat der Politik, im Gegenteil, dies erwarte die Gesellschaft vom Staatsbürger in Uniform. Die Komponenten des voneinander abhängigen Dreiecks Gesellschaft, Politik und Militär zeigten jeder für sich Schwachpunkte, die es auszuräumen gelte, so der Hamburger Wissenschaftler.

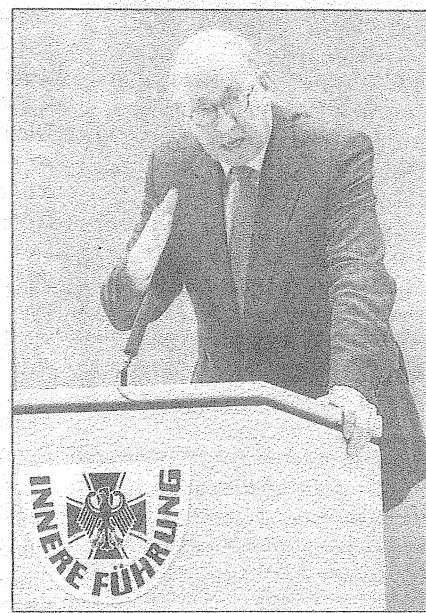
Vor allem die Einsatzopfer hätten ein Anrecht darauf, dass man die Probleme ernst nehme. Es dürfe nicht hingenommen werden, dass der Eindruck entstehe, als Soldat im Einsatz müsse man mit der „ganzen Person“ für „halbe Sachen“ eintreten. In der anschließenden Diskussion gab es großen Zuspruch zu den Aussagen von Naumann. Vor allem der aus falschem Kalkül heraus bewusst schonende Umgang mit der Bevölkerung, was die tatsächlichen Verhältnisse im Einsatz gerade in Afghanistan angeht, müsse ein Ende finden, so der Tenor der Stimmen.

Den Fragen nach den sicherheitspolitischen Herausforderungen und strategischen Veränderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellte sich Professor Günther Schmidt von der Fachhochschule des Bundes. Er bemängelte zu Beginn seines engagierten Vortrags, dass die außen- und sicherheitspolitische Debatte in Deutschland ausschließlich anlassbezogen erfolge. Eine strategische Dimension vermisse man gänzlich. Somit würden die strategischen Folgewirkungen oftmals außer Acht gelassen, vor allem durch die Tatsache, dass sich Deutschland in der öffentlichen Debatte in der Regel als „Insel interessenloser Friedfertigkeit“ präsentiere. Nach den fundamentalen Umbrüchen zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts nahm die Wandlungsfähigkeit der internationalen Politik extrem zu, was zu einem bis heute regelmäßig unübersichtlichen Lagebild führe. Dabei erscheint es Schmidt gefährlich, dass gerade in Deutschland die äußeren Bedingun-

gen für Freiheit und Wohlstand immer noch nicht ausreichend bewusst gemacht würden. Dies zeige sich unter anderem dadurch, dass Außen- und Sicherheitspolitik immer mehr zum Nischenprodukt im deutschen Parlament degeneriere. Deutschland verstehe sich zunehmend ausschließlich als Vertreter ideeller und normativer Ziele, verfolge zumindest nach außen rein humanitäre Motive ohne machtpolitische Präferenzen. Dem gegenüber stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts allerdings die neuen Aufsteiger der so genannten „BRIC“ Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), die bei der Durchsetzung ihrer Interessen eher ein konservatives Machtverständnis zeigten. Als sicherheitspolitische Risiken der Zukunft formulierte Schmidt in der kurzfristigen Betrachtung (fünf bis zehn Jahre) den transnationalen Terrorismus, das steigende Proliferationsrisiko, den Staatszerfall sowie die Ressourcenverknappung und den Klimawandel. Mittelfristig, mit einem Horizont von zehn bis 15 Jahren, würden der Kampf um Rohstoffe, die globale Machtverschiebung sowie der Anstieg der Weltbevölkerung und die damit einhergehende demografische Entwicklung die sicherheitspolitische Diskussion bestimmen.

Rolf Clement, Korrespondent für Sicherheitspolitik im Deutschlandfunk, leitete die Podiumsdiskussion. Dabei zeigten sich die Teilnehmer des Podiums, allesamt Mitglieder des Verteidigungsausschusses im deutschen Bundestag, als engagierte Diskutanten, die sich offen den Fragen der Teilnehmer stellten. Elke Hoff, FDP, Ernst Reinhard Beck, CDU, Winfried Nachtwei, Bündnis 90/Die Grünen und Paul Schäfer, Die Linke, nahmen zu vielfältigen Themen Stellung und zeigten als Experten auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik überraschend oft ähnliche Positionen auf. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, welche Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen seien. Hier gingen die Stellungnahmen von der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen bis hin zum Einsatz ausschließlich für humanitäre und völkerrechtlich mandatierte Zwecke. Dieser Einschätzung folgte auch das Spektrum, welche Risiken die Gesellschaft beim Einsatz von Soldaten bereit sei zu tragen. Hier müsse allerdings im

Mittelpunkt das „Wofür“ stehen, so die Einschätzung aller auf dem Podium versammelten. Eine für alle nachvollziehbare Begründung müsse jedem Einsatz vorausgehen. Oftmals mangle es aber an der realen Umsetzung dieses Gedankens, war aus dem Teilnehmerkreis zu vernehmen. Weitgehende Einigkeit bestand bei der Frage, ob in Zukunft nicht eine ressortübergreifende Mandatierung der Einsätze sinnvoll sei. Einzig der Vertreter der Linksfraktion äußerte sich hier eher skeptisch, er glaube nicht, so Schäfer, dass dies zielführend sei und befürchtete eine Vermischung des Militärischen mit dem Zivilen. Die Schlussworte des Kolloquiums übernahm der Eröffnungsredner, Generalmajor a.D.



**Günther Schmidt**

Beck. Er dankte den Teilnehmern vor allem für die engagierte Beteiligung an der Diskussion. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Beiträge verwies er abschließend auf die Notwendigkeit, Gesellschaft zu akzeptieren, Gesellschaftsschelte führe zu nichts. Man müsse die Gesellschaft in der Debatte um die Sicherheitspolitik mitnehmen. Hierbei könnte helfen, so der Vorsitzende des Freundeskreises Zentrum Innere Führung, klare außenpolitische Interessen zu formulieren und eine ehrliche Darstellung der Einsatzrealität zu vermitteln. Er freue sich bereits darauf, die Diskussion auch im Jahr 2010 fortzusetzen. Dann wird das 4. Kolloquium zur Inneren Führung am 30. September in Koblenz stattfinden. cs ■